

DAS MITEINANDER STÄRKEN

Kreistagswahlprogramm
der SPD im Landkreis Tübingen
zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024

SPD Soziale
Politik für
Dich.

SDR

01

05
**DIE ZUKUNFT DER
KINDER- UND
JUGENDHILFE**

03

07
**UNSER EINSATZ FÜR
INKLUSION UND
TEILHABE**

05

09
**HUMANITÄT FÜR
GEFLÜCHTETE, EINSATZ
FÜR INTEGRATION**

07

12
**ENGAGIERT
DAS KLIMA SCHÜTZEN**

09

14
**BIOLOGISCHE VIELFALT
SCHÜTZEN**

11

15
**GUT UND BEZAHLBAR
WOHNEN**

13

17
**JUGENDBETEILIGUNG FÜR
DEN LANDKREIS**

02

06
**FÜR ALLE KINDER –
MEHR TUN GEGEN
KINDERARMUT**

04

08
**ÄLTER WERDEN –
SELBSTBESTIMMT UND
GUT VERSORGT**

06

10–11
**VERKEHR UND MOBILITÄT
– SAUBER UND GÜNSTIG**

08

13
**EINE GUTE
KRISENVORSORGE**

10

15
**DIE KREISWEITE
MÜLLENTSORGUNG**

12

16
**ARBEIT FÜR ALLE MÖGLICH
MACHEN**

14

17
EIN DIGITALER LANDKREIS

DAS MITEINANDER STÄRKEN

Die SPD ist die politische Kraft des Miteinanders im Kreis Tübingen. Für uns bedeutet das: Wir arbeiten an einer Gesellschaft, in der die Menschen in all ihrer Vielfalt einen Platz haben und sich einbringen können. Ob jemand wenig oder viel hat, schon lange hier ist oder erst seit Kurzem, auf ein langes Leben zurückschauen kann oder noch viele Jahre vor sich hat – alle haben ein Recht auf Teilhabe, auf Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Allen Menschen eine gute Perspektive zu geben, stärkt das Miteinander. Und das ist gerade in diesen Zeiten wichtig: Denn das Miteinander zu stärken bedeutet auch, unsere Demokratie zu schützen. Demokratie braucht Miteinander, Demokratie lebt von Beteiligung und vom Ausgleich zwischen vielfältigen Interessen, Bedürfnissen und Lebensentwürfen. Die Demokratie ist dann stark und überzeugend, wenn sie Lösungen für konkrete Probleme und Herausforderungen schafft. Dafür trägt auch der Landkreis eine Verantwortung. Deshalb setzen wir in den kommenden fünf Jahren insbesondere folgende Schwerpunkte für unsere Arbeit im Kreistag:

SOZIALE POLITIK FÜR DEN KREIS

Der Landkreis leistet schon heute einen großen Beitrag für ein starkes Miteinander: von Inklusion und Teilhabe über die Kinder- und Jugendhilfe und die Unterstützung älterer Menschen bis zur Integration Geflüchteter. Wir setzen uns dafür ein, dass diese soziale Politik auch in Zeiten angespannter Haushaltslagen fortgesetzt, verbessert und ausgebaut wird. Wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können und dafür die Unterstützung erhalten, die sie in ihrer Lebenslage benötigen.

SAUBERE UND GÜNSTIGE MOBILITÄT

Wer nicht von A nach B kommt, weil es keine Verbindung gibt oder das Ticket zu teuer ist, ist benachteiligt. Miteinander und Teilhabe leben auch von Mobilitätschancen und -angeboten. Die Umsetzung der Regionalstadtbahn hat für die SPD höchste Priorität. Darüber hinaus setzen wir uns für einen ganzheitlichen Blick auf Mobilitätsbedürfnisse und -herausforderungen im gesamten Kreis ein. Mit einem Sozialticket zu 29 Euro für Inhaber:innen der Kreisbonuscard wollen wir günstigen öffentlichen Nahverkehr ermöglichen.

BEZAHLBARES WOHNEN

Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Bedarf an gutem und bezahlbarem Wohnraum ist weiterhin enorm. Die Kreisbau bleibt auf dem Feld ein wichtiger Akteur. Der Kreis Tübingen soll künftig alle 5 Jahre einen Wohnraumbericht erstellen, um konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der Wohnraumsituation im Landkreis geben zu können.

01

DIE ZUKUNFT DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Die Situation der Kinder und Jugendlichen im Landkreis und die Situation im Kreisjugendamt hat uns in der letzten Wahlperiode stark beschäftigt. Die Zahl der jungen Menschen, die Hilfe benötigen oder deren Eltern mit der Erziehung überfordert sind, steigt ständig. Häufig ist die Situation so prekär, dass die Kinder unverzüglich aus der Familie genommen werden müssen. Und immer häufiger kommt es vor, dass im Landkreis Tübingen für diese Kinder keine Pflegefamilie und kein Platz in Wohngruppen zur Verfügung steht, sondern in ganz Deutschland nach Plätzen gesucht werden muss. Dazu kommt, dass etliche Jugendliche so starke Verhaltensstörungen aufweisen, dass sie in den üblichen stationären Einrichtungen nicht untergebracht werden können. Hier wäre eine Einrichtung im Schnittfeld von Psychiatrie und Jugendhilfe hilfreich. Die konzeptionellen Überlegungen dazu stecken aber noch in den Anfängen. Auch die Zahl von Jugendlichen, die ohne ihre Eltern nach Deutschland geflüchtet sind, hat in der letzten Zeit wieder stark zugenommen. Manche sind derzeit in einem Hotel untergebracht, ihre Betreuung ist unzureichend, wird teilweise durch Kräfte der Security übernommen und entspricht in keiner Weise den Standards der Jugendhilfe. Natürlich trifft der Fachkräftemangel auch die Träger der Einrichtungen hart, so dass ein Ausbau der Angebote nur sehr langsam möglich ist.

Der Fachkräftemangel trifft in besonderer Weise aber auch das Jugendamt selbst, das durch den aufgedeckten Missbrauchsfall im Steinlachtal in seinen Grundfesten erschüttert wurde. Das Jugendamt steht nun vor der Aufgabe, sich neu aufzustellen, alle Prozesse zu überdenken und die Personalbemessung zu überprüfen, zumal das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz des Bundes dem Jugendamt neue Aufgaben zuweist. Ein erfahrenes und fachlich geeignetes Institut wurde damit beauftragt und hat in einer ersten Analyse festgestellt, dass dem Jugendamt 22 Personalstellen fehlen. 16 davon hat die Kreisverwaltung in den Haushalt 2024 aufgenommen. Wir befürworten den fachlich begründeten Perso-

nalzuwachs ausdrücklich. Darüber hinaus soll das Betreuungsmodell für Kinder und Jugendliche mit besonderen psychischen Problemlagen vorangetrieben werden. Dazu muss der Landkreis eine aktive, vermittelnde Rolle in der Aushandlung der konzeptionellen Eckpfeiler zwischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendhilfe einnehmen. Und nicht zuletzt geht es auch im Bereich der Jugendhilfe um Beteiligung. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz gibt dem Jugendamt auf, Jugendliche in geeigneter Weise auch an den Entscheidungen über Jugendliche zu beteiligen. Wir halten ein kreisweites Treffen von Care-Leavern, also Jugendlichen, die das Hilfesystem verlassen haben und an Nachsorgeangeboten teilnehmen, für eine gute Idee. Dieses Treffen könnte mit einem Angebot verknüpft werden, in kleinen Gruppen einmal direkt im Jugendhilfeausschuss von den Erfahrungen mit der Jugendhilfe zu berichten. Wir wollen dafür sorgen, dass die Verwaltung diese Beteiligungsformen aktiv anstößt.

02

FÜR ALLE KINDER – MEHR TUN GEGEN KINDERARMUT

Kinder müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft alle Chancen erhalten, um ihr Leben ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechend zu gestalten. Kein Kind darf auf dem Weg in ein eigenständiges Leben und einen Beruf verloren gehen. Deshalb muss der Kreis die notwendige Unterstützung, beispielsweise über Leistungen der Jugendhilfe oder Schulsozialarbeit bedarfsgerecht bereitstellen.

Für diese Punkte wollen wir uns konkret einsetzen:

- 2018 ist die kreisweite Bonuskarte eingeführt worden, nach mehr als fünf Jahren ist es an der Zeit, durch eine Wirkungsanalyse zu überprüfen, ob die Karte alle Kinder im Landkreis erreicht und Kinder über kulturelle, sportliche und soziale Aktivitäten stärkt, um so Armutsfallen zu verhindern. Ziel muss es sein, dass die Kinder in jeder Kommune des Landkreises unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- In den letzten 5 Jahren sind neben den Aktivitäten gegen Kinderarmut in der Stadt Tübingen drei weitere Netzwerke gegen Kinderarmut in Rottenburg, Mössingen und Ammerbuch entstanden. Im nächsten Schritt gilt es, die Aktivitäten zusammenzuführen und noch vorhandene Lücken im Landkreis zu schließen, denn alle von Armut betroffenen Kinder und Jugendliche im Landkreis sollten

mit einer kreisweiten Strategie gegen Kinderarmut erreicht werden. Dazu setzen wir uns für eine Vernetzungsstelle ein, die für Verantwortliche in den Gemeinden ansprechbar ist. Dabei sollen die Ergebnisse der bestehenden interkommunalen Arbeitsgruppe Berücksichtigung finden.

- Das Bildungs- und Teilhabepaket als finanzielle Unterstützung für sozial benachteiligte Familien wird trotz Fortschritten von vielen Betroffenen nach wie vor zu selten in Anspruch genommen. Mit der Einführung der Kindergrundsicherung wird ein Teil dieser Leistung besser für die Kinder und Familien zugänglich. Trotzdem bleibt das Landratsamt aber für wichtige Leistungen in der Verantwortung. Deshalb müssen die Bewilligungsverfahren weiter vereinfacht und alle Möglichkeiten genutzt werden, um über die Leistungen zu informieren.

03

UNSER EINSATZ FÜR INKLUSION UND TEILHABE

Alle Menschen im Landkreis Tübingen müssen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, wie Bildung, Wohnraum und Arbeit haben. Die SPD steht für eine Politik mit dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft. Wir setzen uns deswegen insbesondere dafür ein, dass Menschen mit Behinderung oder Einschränkungen selbstbestimmt und gemeinsam mit anderen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können, sichtbar werden und mitgestalten können.

Das beginnt in der Kita, wo die Inklusion im Landkreis Tübingen glücklicherweise recht selbstverständlich geworden ist. Vom Landkreis finanzierte Inklusionskräfte unterstützen die individuelle Förderung aller Kinder. Die Antragsverfahren dazu wurden vereinfacht. Allerdings gefährdet der aktuelle Personalmangel den Erfolg. Bei knappem Personal entscheiden die Einrichtungen, dass Kinder mit Unterstützungsbedarf nur dann anwesend sein dürfen, wenn auch die Inklusionskraft da ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Obergrenze der Beschäftigungszeit für Inklusionskräfte (derzeit 12 Stunden die Woche) abgeschafft wird und die Bemessung der Zeit dem Förderbedarf der Kinder entspricht.

Das vom damals SPD-geführten Kultusministerium 2015 auf den Weg gebrachte Landes-Schulgesetz hatte zum Ziel, das Bildungssystem inklusiver zu machen und hatte dafür unter anderem ein Elternwahlrecht eingeführt. Dennoch hat sich seitdem die Inklusionsquote in Baden-Württemberg nur leicht erhöht und ist im Bundesvergleich unterdurchschnittlich. Umso dringender ist es, alle an schulischen Inklusionsprozessen in allgemeinen Schulen Beteiligten besser zu informieren und bei ihren Inklusionsaufgaben umfassender zu unterstützen. Hierbei spielt auch der Landkreis eine wesentliche Rolle. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass die Bedingungen für den Einsatz von Schulbegleitung für Kinder/Jugendliche mit besonderem Förderbedarf durch Festanstellungen verbessert, adäquate Fortbildungsmöglichkeiten geschaffen und an den Bedarfen des jeweiligen Kindes/Jugendlichen angepasste Stundenzahlen bereitgestellt werden. Des Weiteren müssen auch in diesem Bereich Antragstellungen auf Schulbegleitung transparent bearbeitet und die Verfahren deutlich beschleunigt werden. In einem immer heterogeneren Umfeld muss auch die Schulsozialarbeit als wichtiges Element an der Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Bildungseinrichtungen anerkannt werden.

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung oder Einschränkungen erhöhen. Der letzte Teil des Gesetzes trat Ende 2022 in Kraft. Mit einem eigenen Bedarfsermittlungsverfahren soll geklärt werden, welche Ziele die betroffenen Personen für sich sehen und welche Unterstützung durch Eingliederungshilfe sie dabei erhalten. Das betrifft insbesondere die Bereiche Wohnen, Arbeit, Freizeit und Mobilität. Der Kreishaushalt 2024 sieht mit mehr als 18% wesentliche Ausgabensteigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe vor. Die Steigerungen ergeben sich zum einen aus den erheblichen Personalkostensteigerungen im Sozialbereich, zum anderen daraus, dass alle Leistungsverträge mit den Anbietern neu verhandelt werden müssen. Wir stehen fest zu den Zielen des Gesetzes und werden keine Abstriche bei Leistungen in Kauf nehmen. Zudem setzen wir uns weiter dafür ein, dass die Umstellung durch einen Beteiligungsprozess begleitet wird. Drei BTHG-Fachtage wurden auf Antrag unserer Fraktion bereits mit großem Erfolg durchgeführt. Ein vierter BTHG-Fachtag soll unter Beteiligung auch der Sorgeberechtigten im Jahr 2024 zu den Erfahrungen bei der Umsetzung des Gesetzes stattfinden.

04

ÄLTER WERDEN – SELBSTBESTIMMT UND GUT VERSORGT

Die Menschen werden älter, der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Gesamtbevölkerung steigt. Der Kreissenior:innenplan zeigt: Bis zum Jahr 2030 wird im Kreis Tübingen fast jede:r Vierte über 65 Jahre alt sein. Die Zahl der Menschen, die Unterstützungsleistungen brauchen, steigt. Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich seit 2001 mehr als verdoppelt. Es besteht also Handlungsbedarf auf allen Ebenen. Eine Umsetzung der Empfehlungen des Kreissenior:innenplans ist aber bislang kaum zu erkennen.

Möglichst lange selbstbestimmt im gewohnten Umfeld leben zu können, ist der Wunsch der meisten Seniorinnen und Senioren. Dazu brauchen wir eine Infrastruktur, die Prävention, ambulante Dienste, unterstütztes Wohnen und stationäre Pflege gut miteinander verknüpft. Davon sind wir weit entfernt. Barrierefreie oder mindestens barrierearme Wohnungen sind Mangelware. Die Ausweitung von Wohngemeinschaften für Ältere krankt an steigenden Baukosten. Die ambulanten Pflegedienste decken den Bedarf nicht und die stationären Plätze reichen nicht aus. Auch hier ist der Fachkräftemangel ein Problem und es besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir werben für die Unterstützung von Wohngemeinschaften für Ältere und Menschen mit Unterstützungsbedarf. Hier muss sich die Kreisbau engagieren. Wir wollen eine große Werbeaktion für das Arbeiten in der Pflege und gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, dem JobCenter und Anbietern von Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende schaffen. Die Kreispflegekonferenz soll sich für die Mitarbeit der Fraktionen öffnen und gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und den Trägern der Altenhilfe nach innovativen Lösungen suchen.

05

HUMANITÄT FÜR GEFLÜCHTETE, EINSATZ FÜR INTEGRATION

Der Landkreis Tübingen hat in den letzten Jahren viele Menschen aufgenommen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind. Dabei haben die Verwaltungen sowohl des Landkreises wie auch der Städte und Gemeinden Herausragendes geleistet. Die Anstrengungen, Sprach- und Integrationskurse in ausreichendem Maß zugänglich zu machen und Menschen in Arbeit oder Ausbildung zu bringen, dürfen nicht nachlassen. Das Engagement vieler Betriebe, Ausbilder:innen und Berufsschullehrer:innen zur Eingliederung der Geflüchteten ist groß. Auch das Engagement vieler ehrenamtlich Tätiger sowie der Kirchen, der Sprachkurs-Anbieter, anderer Organisationen und von Einzelpersonen in diesem Bereich verdient hohe Anerkennung. Um dieses Engagement zu bewahren und zu stärken, fordern wir einen Strategiedialog mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Akteur:innen, der vom Landkreis ausgerichtet wird und auch die kommunalen Verwaltungen miteinbezieht. Wir fordern eine Offensive zur Gewinnung von Ehrenamtlichen für die Flüchtlingsarbeit. Außerdem braucht es Unterstützung für Ehrenamtliche, beispielsweise durch Supervision in komplexen Fällen und bei langjährigen Begleitungen.

Damit die Motivation und die Hilfsbereitschaft, Geflüchtete aufzunehmen in unserer Region auch weiterhin so hoch bleiben, muss der Landkreis dies auch zukünftig positiv öffentlich begleiten und unterstützen. Das individuelle Recht auf Asyl ist ein unverrückbarer Grundsatz. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Landkreis auch zukünftig seiner humanitären Pflicht und Verantwortung nachkommt und Geflüchtete aufnimmt. Die Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer Anerkennungs- und Willkommenskultur muss dabei stetig weiterentwickelt werden. Wir setzen uns für dezentrale Lösungen in der Unterbringung für Geflüchtete ein. Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um die Belegung von Sporthallen zu vermeiden.

Integration gelingt dann besonders gut, wenn Menschen am Arbeitsleben teilnehmen. Deshalb muss die Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt als aufnehmender Behörde, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit laufend verbessert werden. Ein regelmäßiger Runder Tisch auf Einladung des Landratsamtes mit allen Beteiligten, das heißt auch Vertretungen von Wirtschaft und öffentlichen Arbeitgebern könnte neue Impulse und ein besseres Zusammenwirken ermöglichen, z.B. im Rahmen einer Arbeitgebersprechstunde der Ausländerbehörde. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Unternehmen aus dem Landkreis, die Praktikumsplätze für Schüler:innen der Vorbereitungsklassen bereitstellen, unterstützt werden. Eine generelle Arbeitspflicht für Geflüchtete lehnen wir ab und setzen uns stattdessen dafür ein, dass Geflüchtete wo immer möglich einen Sprachkurs besuchen können oder in Arbeit gebracht werden. Wir setzen uns für ein Modellprojekt unter Federführung des Landkreises ein, um alle Beratungsleistungen unter einem Dach zu bündeln. Ausländerbehörden, Jobcenter, Anbieter von Integrations- und Sprachkursen sowie Beratungsstellen sollen gemeinsam zunächst an einzelnen Tagen in komplexen Fällen umfassend beraten. Zeigt das Modell Erfolge, kann ein „Welcome Center“ als dauerhafte Einrichtung geschaffen werden.

Baden-Württemberg ist ein Einwanderungsland. Auch unser Landkreis ist auf Zuwanderung angewiesen und profitiert von einer vielfältigen Gesellschaft. Wir wollen, dass Ausländerbehörden in Baden-Württemberg neu strukturiert werden und fordern ein Landeseinwanderungsamt. Die Herausforderungen, vor denen Kommunen, Ehrenamtliche und auch unsere Gesellschaft in diesen Tagen stehen, sind groß. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, die Herausforderungen anzunehmen und zu bewältigen.

06

VERKEHR UND MOBILITÄT – SAUBER UND GÜNSTIG

Der Landkreis Tübingen ist wirtschaftlich stark und zieht mit seinen Unternehmen und Einrichtungen neue Einwohnerinnen und Einwohner an. So erfreulich diese Entwicklung ist, die Mobilitätsangebote müssen mit dieser Entwicklung Schritt halten. Darüber hinaus braucht es große Anstrengungen, eine ökologische und soziale Mobilitätswende zu erreichen. Diese Wende kann nur gelingen, wenn eine gute Infrastruktur mit leicht zugänglichen Angeboten, bezahlbar und barrierefrei, für die klimaschonende Mobilität bereitsteht. Deshalb müssen wir alle Verkehrsmittel in den Blick nehmen, sei es zu Fuß, per Rad, mit dem öffentlichen Nahverkehr und auch mit dem Auto, dem eigenen oder einem durch Carsharing. Im Kreistag wollen wir uns für diese Schwerpunkte einsetzen:

- Die Einführung eines Sozialtickets für Inhaber:innen der Kreisbonus-Card zu einem monatlichen Preis von höchstens 29 Euro. Mit der Einführung des Deutschlandtickets durch die SPD-geführte Bundesregierung haben wir einen großen Schritt gemacht, vielen Menschen den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern. Für Menschen mit geringen Einkünften bleibt die Finanzierung eines Monatstickets neben weiteren Mobilitätskosten eine Herausforderung. Wir wollen allen Menschen im Landkreis einen erschwinglichen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr ermöglichen.
- Einen umfassenden und ganzheitlichen Blick auf die Mobilitätsbedürfnisse im Landkreis Tübingen. Die Öffnung der Projektgruppe „ÖPNV und Mobilität“ des Kreistages für weitergehende Themen der Mobilität muss konsequent fortgesetzt werden. Der Kreis muss sich dort, wo er nicht über ausreichend Expertise verfügt, Beratung und Unterstützung von außen einholen. So kann er Themen, wie klimaneutraler öffentlicher Nahverkehr, Elektromobilität oder gezielte Strategien und Werbemaßnahmen zur Veränderung von Mobilitätsverhalten voranbringen.
- Die Regionalstadtbahn verwirklichen: Der wichtigste Baustein für einen zukunftsfähigen Mobilitätsmix im Landkreis Tübingen ist und bleibt die Regionalstadtbahn Neckar-Alb. Die SPD hat dieses Projekt mit ins Leben gerufen. Das Projekt muss zügig vorangetrieben werden und bei allen Projektpartnern in der Priorität der Finanzierung ganz vorne stehen. Konflikte und Streitfragen müssen in erster Linie durch Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft aller Projektpartner gelöst werden.
- Den Busverkehr verbessern: Bei der Anbindung der Kreisgemeinden an Mittel- und Oberzentren wurden in den letzten 5 Jahren mit einer verbesserten Taktung gute Fortschritte erzielt. Das wollen wir fortsetzen. Dort wo es noch Angebotslücken gibt, müssen sie geschlossen werden. Moderne, elektronisch zugängliche Echtzeitdaten müssen endlich für die ÖPNV-Nutzenden als Angebot zur Verfügung stehen. Dort wo es noch keine barrierefreien Haltestellen gibt, müssen diese zügig, wie gesetzlich vorgeschrieben, umgebaut werden.
- Einen Fahrgastbeirat beim Naldo: Als ein Mittel, um mehr Transparenz bei Preis- und Angebotsgestaltung zu erreichen, fordern wir die Einrichtung eines Fahrgastbeirats. Trotz Zusage des Naldo ist die Einrichtung nicht erfolgt. Dabei ist es für die zukünftige Entwicklung von Verkehrsangeboten wichtig, dass Nutzende und Außenstehende regelmäßig Einblick in die Arbeit des Naldo erhalten und die Möglichkeit haben, an der Gestaltung des Verkehrsverbundes mitzuarbeiten.

- Die Weiterentwicklung des Naldo: Bereits vor Einführung des Deutschlandtickets hat sich gezeigt, dass der Naldo mit seiner Organisationsstruktur nicht die Möglichkeiten hat, Impulse für ein gutes Mobilitätsangebot aus der Bevölkerung oder dem Kreistag aktiv aufzugreifen. Die Einführung des Deutschlandtickets hat gezeigt, dass sowohl in Bezug auf seine Arbeitskapazität wie auch seine Fähigkeit auf neue Entwicklungen einzugehen, das Konzept „Naldo“ an seine Grenzen stößt. Deshalb ist es notwendig, die Organisationsstruktur und die räumlichen Grenzen des Naldo zu überprüfen. Grundlage dafür ist, dass die Kreistage zukünftig besser bei der Fahrpreisgestaltung und den Angebotsentwicklungen beteiligt werden. Außerdem muss geprüft werden, ob ein relativ kleiner Verkehrsverbund wie der Naldo in der Lage ist, zukünftige Entwicklungen mit ausreichender Arbeitskapazität und Innovationskraft voranzutreiben. Dabei wollen wir auch betrachten, ob ein Übergang des Naldo in den Verkehrsverbund Stuttgart nicht eine ernsthafte Alternative sein könnte – solange es in Baden-Württemberg keine Lösung auf der Landesebene gibt, die die zersplitterten Verkehrsverbundstrukturen zusammenführt.
- Den Radverkehr erleichtern: Die letzten Jahre haben es gezeigt: Der Anteil der Radfahrenden am Verkehr nimmt stetig zu. Nicht nur im Freizeitbereich, sondern vor allen Dingen auch die Berufspendler:innen nutzen häufiger das Zweirad. Wir unterstützen ausdrücklich den Umstieg aufs Rad und wollen deshalb den Ausbau sicherer Radwege im Landkreis Tübingen steigern. Die Radverkehrsplanung ist in Kreis und Gemeinden konsequent voranzutreiben. Grundlage dabei ist, dass es zusätzliche gute und sichere Radabstellanlagen insbesondere an den Bahnhöfen gibt.
- Carsharing-Angebote für den gesamten Landkreis ausbauen: Das Teilen eines PKW spart Ressourcen, Stellplätze und ist kostengünstig. Es besteht die Möglichkeit, zwischen unterschiedlichen Autos für den jeweils benötigten Zweck zu wählen. Der Landkreis soll bei der Nutzung von Carsharing vorgehen. Er soll Carsharing Angebote aktiver nutzen, durch Stellplatzangebote unterstützen sowie prüfen, ob für Mitarbeitende Carsharing Angebote gemeinsam mit Job-Tickets bezuschusst werden können.
- Straßen sanieren: Maßnahmen zur Straßensanierung müssen auch für die zukünftige Nutzung von E-Mobilität weiter fortgeführt werden und dabei Rad und Fußverkehr gleich mit verbessern. Zudem ist es im Interesse einer nachhaltigen Bewirtschaftung des kommunalen Anlagevermögens wichtig, den Substanzverlust der Infrastruktur so weit wie möglich zu verringern.
- Mehr Jobtickets: Die Zuschüsse für das Job-Ticket im Landratsamt müssen auf dem in der letzten Wahlperiode erreichten hohen Niveau erhalten bleiben. Der Landkreis wirbt bei allen Arbeitgebern im Landkreis diesem Beispiel zu folgen.
- Verkehr vermeiden: Neben Maßnahmen, die die gemischte Nutzung von Verkehrsmitteln verbessern, ist es uns wichtig, Entwicklungen auf den Weg zu bringen, die Wege verkürzen oder überflüssig machen und so Verkehr vermeiden.

07

ENGAGIERT DAS KLIMA SCHÜTZEN

Die Auswirkungen des Klimawandels sind zur erleb-
baren Realität im Landkreis Tübingen geworden. In
den nächsten Jahren spielt die Ausweisung geeig-
neter Flächen für den Ausbau von Wind- und Solarener-
gienutzung und deren Ausbau eine wichtige Rolle.
Im Bereich der Wärmeversorgung muss die Abkehr
von fossilen Energieträgern vorangebracht werden.
In den Kommunen liegt ein großes Potenzial für den
Klima- und Umweltschutz. Mit der Einrichtung eines
Klimaschutzbeauftragten in der Landkreisverwal-
tung ist es endlich gelungen, das Thema Klimaschutz
fest in der Landkreisverwaltung zu verorten. Damit
ist ein weiterer Schritt erfolgt, die bedeutende Rolle
der Kommunen im Klimaschutz im Landkreis Tübin-
gen besser auszufüllen. Mit dem Klimaschutzbeauf-
tragten können nun die zahlreichen Initiativen und
Förderprogramme von Bund und Land aktiv genutzt
werden, um Maßnahmen zum Klimaschutz vor Ort
voranzubringen. In den nächsten fünf Jahren wollen
wir uns für diese Themen einsetzen:

- Mit dem Klimaschutzbeauftragten hat der Land-
kreis nunmehr die Ressourcen einen Maßnahmen-
plan Klimaschutz zu entwickeln, der Ziele definiert,
Maßnahmen benennt und die Kontrolle der Umset-
zung festlegt. Dabei sind alle Arbeitsbereiche des
Landratsamtes sowie die Städte- und Gemeinden
des Landkreises mit einzubeziehen. Der Maßnah-
menplan soll regelmäßig im Rahmen einer Kreis-
Klimakonferenz überprüft werden.

- Optionen der Nutzung von Energie- und Wärmepo-
tentiale, beispielsweise bei energetischer Nutzung
von Biomasse aus der Abfallentsorgung oder dem
Klärwerk Dußlingen, sollte der Landkreis Tübingen
aktiv verfolgen.

- Die Agentur für Klimaschutz des Landkreises wol-
len wir stärken. Die Beratungszahlen der Agentur
müssen weiter gesteigert werden. Es müssen ins-
besondere niederschwellige Beratungsangebote für
Menschen mit kleinen Einkommen entwickelt und
umgesetzt werden, denn hohe Energiekosten treffen
diese Personen am stärksten. Die Agentur entwickelt
ein Konzept für Kampagnen zur Nachbarschaft-Sa-
nierungsberatung, mit denen aktiv und zugehend
bei den Bewohnerinnen und Bewohnern im Land-
kreis für mehr Klimaschutz geworben werden kann,
und setzt dieses Konzept um. Sie begleitet Bau- und
Handwerksbetriebe auf dem Weg der Kompetenz-
entwicklung im Bereich der Energiewende und des
Klimaschutzes. Aktive Informations- und Öffentlich-
keitsarbeit muss zu ihren Kernaufgaben gehören.
Die Arbeit an Quartierskonzepten und Energiebera-
tung für Gemeinden und Unternehmen muss aus-
geweitet werden.

- Der Landkreis muss eine Klimawandelanpassungs-
strategie entwickeln. Hierfür wollen wir ein Projekt-
team einsetzen und einen Maßnahmenplan entwi-
ckeln lassen. Insbesondere Hitzeereignisse können
gesundheitliche Folgen haben – hier ist das Kreis-
gesundheitsamt gefragt, Konzepte und Maßnahmen
zu entwickeln und umzusetzen. Aber auch Hochwas-
ser, Dürren oder neue, vielleicht sogar krankheits-
übertragende Arten erfordern das fachübergreifen-
de Zusammenarbeiten im Landratsamt.



08

EINE GUTE KRISENVORSORGE

Krisen – seien es Hochwasser, Blackouts oder Cyberangriffe – machen auch vor dem Landkreis Tübingen nicht halt. Es ist deshalb wichtig, die verschiedenen Akteure des Bevölkerungsschutzes – Hilfsorganisationen aber auch alle Bürgerinnen und Bürger – zu vernetzen.

Da der Bevölkerungs- bzw. Katastrophenschutz in die Zuständigkeit des Landkreises fällt, setzen wir uns dafür ein, dass nach Prüfung bereits existierender Bevölkerungsschutzpläne, die Krisenvorsorge des Landkreises einen ähnlichen Stellenwert erhält wie in anderen Kreisen und Kommunen. Dabei wollen wir darauf achten, dass Krisenvorsorge auch für die Menschen möglich ist, die sich selbstständige Krisenvorsorge nicht leisten können oder dazu nicht in der Lage sind.

Wir werben unter anderem dafür, vom kostenlosen Angebot für Schulungen in Erster Hilfe mit Selbstschutzzinhalten Gebrauch zu machen. Somit kann ein wesentlicher Beitrag für die Resilienz und praktische Fähigkeit der Bevölkerung zur Selbst- und Fremdhilfe in außergewöhnlichen Notlagen geleistet werden.

09

BIOLOGISCHE VIELFALT SCHÜTZEN

Aktuell gelten allein in Deutschland über 7.000 Tierarten als gefährdet oder sind akut vom Aussterben bedroht. Der Klimawandel, der Verkehr, die stetig voranschreitende Zersiedelung und die Intensivierung der Landwirtschaft vernichten Lebensräume unserer Tiere und Pflanzen.

Erhalt und Förderung der Biodiversität sind wichtige Themen, die uns alle betreffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Landkreis eine Biodiversitätsstrategie entwickelt und konkrete Empfehlungen gibt. Ziel der Strategie soll sein, einen Beitrag zur Erhöhung der Artenvielfalt zu leisten, die biologische Vielfalt in die Fläche zu tragen, Lebensräume zu schaffen, Biotope zu vernetzen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Der Verein VIELFALT mit Landschaftserhaltungsverband und Plenumsgeschäftsstelle leistet hervorragende Arbeit und soll zur Förderung des Natur- und Artenschutzes weiterhin gut ausgestattet beitragen.

Der Kreis muss hier als Vorbild vorangehen und in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und weiteren Akteuren eine Strategie der Artenvielfalt auf allen Ebenen des Landkreises etablieren. Dazu gehört etwa die ökologische Aufwertung kreiseigener Liegenschaften und des Straßenbegleitgrüns sowie die stärkere Vernetzung von Kommunen und anderen Akteuren.

10

DIE KREISWEITE MÜLLENTSORGUNG

Wir haben die Diskussion um die geplante Privatisierung der kommunalen Müllabfuhr in der Stadt Tübingen aufmerksam verfolgt. Seit Jahren vergibt der Zweckverband Abfallverwertung Reutlingen/Tübingen die Abholung von Bio-, Rest-, und Sperrmüll an private Unternehmen. Wir streben im Rahmen der Neuausschreibung der Verträge für die kreisweite Müllabholung Ende 2024 eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr im Landkreis an. Wenn es personell und organisatorisch zu stemmen ist, wollen wir diese wichtige Dienstleistung wieder in die öffentliche Hand überführen.

GUT UND BEZAHLBAR WOHNEN

11

Zugang zu gutem und bezahlbarem Wohnraum bleibt eine der großen sozialen Herausforderungen insbesondere im Landkreis Tübingen. Das Mietniveau, die Immobilien- und Baupreise sind in den letzten Jahren weiter gestiegen und es ist damit zu rechnen, dass sie weiter steigen werden. Berufstätige müssen teils weite Wege auf sich nehmen, da in der Nähe zur Beschäftigungsstelle kein passender Wohnraum zu finden ist. Dies trifft Menschen mit kleinen Einkommen besonders. Menschen haben je nach Lebenslage unterschiedliche Wohnbedarfe. Aufgrund des Missverhältnisses von Nachfrage und Angebot, bleiben aber vor allem viele ältere Menschen in Wohnungen oder Häusern wohnen, die für ihre Bedarfe unpassend und teils zu groß sind. Auch der Landkreis Tübingen kann zu einer Verbesserung der Situation beitragen:

Die Kreisbau muss den Bau von Mietwohnungen forcieren. Veränderte Konditionen beim Bauen dürfen nicht dazu führen, dass Investitionen in öffentlichen Mietwohnungsbau unterbleiben. Nachhaltiges und klimaschonendes Bauen gehört zum modernen Wohnungsbau. Ausbleibende Einnahmen durch Bauträgertätigkeit dürfen nicht dazu führen, dass neue Mietwohnungen nicht mehr gebaut werden. Sollte es notwendig sein, wollen wir der Kreisbau-

gesellschaft Kapital vom Kreis zuführen. Außerdem muss die Aktivierung von privatem Kapital beim Mietwohnungsbau vorangetrieben werden. Öffentlicher Wohnungsbau und genossenschaftliche Wohnprojekte brauchen die besondere Unterstützung der Kreissparkasse, um gute Finanzierungsmodelle zu verwirklichen. Die Kreisbau muss weiter einen Schwerpunkt ihrer Bautätigkeit auf barrierefreie und barrierearme Wohnungen legen.

Eine valide Datengrundlage über die Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner im Landkreis Tübingen sowie Prognosen zur zukünftigen Entwicklung im Wohnungsmarkt existiert bisher nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis Tübingen zukünftig einen Wohnraumbericht erstellt, der alle 5 Jahre fortgeschrieben wird. Dieser erfasst die Bedarfe der Bevölkerung des Landkreises, stellt die Entwicklungen auf dem Wohnraummarkt dar und gibt Empfehlungen zur Wohnraumentwicklung im Landkreis. Es bietet damit den Städten und Gemeinden im Landkreis eine gute Informationsgrundlage für die Entwicklung und Begleitung der Wohnraumplanung. Auch für die Ausrichtung der Aktivitäten der Kreisbau ist der Wohnraumbericht eine wichtige Grundlage.

12

ARBEIT FÜR ALLE MÖGLICH MACHEN

Der Arbeitsmarkt im Landkreis Tübingen steht gut da. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig trotz Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine. Private und öffentliche Arbeitgeber leiden unter Fachkräftemangel. Dennoch gibt es viele Menschen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben, sei es aufgrund eines persönlichen Handicaps oder noch nicht ausreichender Sprachkenntnisse.

Deshalb setzen wir uns für diese Themen ein:

- Das vom Landkreis mitgetragene Jobcenter soll für arbeitslose Menschen die bestmögliche Beratung und Unterstützung bereitstellen. Die Mitarbeiter:innen des Jobcenters benötigen für die Förderung jeder und jedes Einzelnen genügend Zeit, Ressourcen und Qualifikationen. Die individuelle Unterstützung und Beratung stehen im Vordergrund. Mehr Personen in Langzeitarbeitslosigkeit müssen in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden und die Digitalisierung muss vorangetrieben werden – insbesondere, um Sprachbarrieren bei den Beratungsbemühungen zu überwinden. Besondere Aktivitäten müssen für den Quereinstieg in Pflege- und Erziehungsberufe entwickelt werden. Jugendliche sollen durch Kooperation mit Jugendhilfeeinrichtungen besonders unterstützt werden, etwa im Projekt K.I.O.S.K. Für eine engere Zusammenarbeit mit der Jugendberufsagentur sind eine gemeinsame Fallbearbeitung und die warme Übergabe von Fällen wichtig. Eine Praktikumsbörse, eine Arbeitgebersprechstunde und die direkte An-

sprache von Arbeitgeber:innen, die Arbeitskräfte im geringqualifizierten Bereich suchen, sind zusätzliche Maßnahmen, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Jobcenter dafür genügend Kapazitäten bereitgestellt werden. Ein unzureichendes Angebot in diesen Bereichen führt dazu, dass dem angespannten Arbeitsmarkt dringend benötigte Personen verloren gehen.

- Geflüchtete, die Sprach- und Integrationskurse erfolgreich absolviert haben, müssen schneller in Arbeit kommen. Wir fordern, dass das Jobcenter in diesem Bereich seine Anstrengungen verstärkt.

- Beim von der SPD-Fraktion beantragten Fachtag zur Umsetzung des BTHG wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Arbeit und Inklusion etabliert. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Teilhabechancen von Menschen mit erheblicher Behinderung am Arbeitsmarkt zu verbessern. Leicht zugängliche Informationen, Aus- und Fortbildungsangebote sowie eine Stellenbörse sollen zukünftige Schritte in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern.

- Die SPD als die Partei der Arbeit will, dass alle Menschen im Kreis Tübingen ordentlich bezahlte Arbeitsplätze haben. Deshalb achten wir darauf, dass alle Organisationen, die vom Landkreis finanziell unterstützt werden, ihre Beschäftigten sozialrechtlich gut absichern und Tariflöhne bezahlen.

JUGENDBETEILIGUNG FÜR DEN LANDKREIS

13

Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir in der vergangenen Wahlperiode einen Kreisjugendrat auf den Weg gebracht. Für uns ist klar: Diese hochpolitische junge Generation hat es verdient, an der Kreispolitik beteiligt zu werden. Deshalb soll der Landkreis Tübingen als einer der ersten in Baden-Württemberg eine institutionalisierte Jugendbeteiligung bekommen, die jungen Menschen eine Stimme gibt. Wir werden uns in der nächsten Wahlperiode weiter dafür einsetzen, dass der Kreisjugendrat zügig etabliert wird.

Der Ring Politischer Jugend (RPJ) ist ein wichtiges Beteiligungsforum von jungen politisch-aktiven Menschen im Landkreis. Er leistet wichtige Arbeit in der politischen Jugendbildung. Er soll deshalb am Prozess für einen Kreisjugendrat beteiligt werden. Die Finanzierung des RPJ wollen wir verstetigen.

14

EIN DIGITALER LANDKREIS

Die Kreisverwaltung muss die Chancen der Digitalisierung in Zukunft stärker nutzen. Digitale Antragsverfahren und Verwaltungsprozesse schaffen Mehrwert für Verwaltung und Bevölkerung. Sie entlasten die Mitarbeiter:innen und sorgen für attraktive Arbeitsplätze in Zeiten des Fachkräftemangels. Gleichzeitig erleichtern weniger Wege zum Amt und kürzere Bearbeitungszeiten das Leben der Bürger:innen. Deshalb müssen diese beiden Seiten der Digitalisierung unserer Kreisverwaltung mit Nachdruck vorangetrieben werden. Das wachsende Angebot digitaler Leistungen muss schnell vervollständigt werden. Auch Eigenentwicklungen in Abstimmung mit

anderen Kommunen können dafür einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei sollte aber der verwaltungsinterne Teil der Digitalisierung nicht vernachlässigt werden. Nur Ende-zu-Ende digitalisierte Verfahren bringen tatsächlich einen umfassenden Gewinn für die Bürger:innen und den Landkreis. Dabei braucht es in den kommenden fünf Jahren endlich mehr Tempo. Für uns ist aber auch klar: Die Verwaltung muss auch für Menschen erreichbar sein, die mit der digitalen Welt wenig vertraut sind. Termine digital vereinbaren zu können, darf daher nicht die Möglichkeit ersetzen, persönlich und spontan ins Landratsamt zu kommen.

SPD **Soziale
Politik für
Dich.**

Impressum

SPD-Kreisverband Tübingen
Karlstraße 3
72072 Tübingen